

Die „Volkswacht“  
erscheint wöchentlich 4 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Braunstr. 1/6,  
und durch Postämter zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2,50,  
pro Woche 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2,50,  
incl. des Post M. 3,00.  
Im letzten Post am Ort M. 2,50.

# Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Interesse haben für die ständige  
Kolonisation oder terra nova  
25 Pfennige.  
für Arbeitsmarkt, Vertrieb und  
Verwaltungsmittel  
15 Pfennige.  
Subskribenten 25 Pf.  
Interesse für die nächste Nummer  
ausliefern bis Freitag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 63.

Dienstag, den 16. März 1909.

20. Jahrgang.

## Ein ehrenvoller Wahltag.

Aus der dänischen Hauptstadt Kopenhagen meldet ein Telegramm am 13. März: Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen, bei denen zum ersten Male auch Frauen sich beteiligten, wurden 20 Sozialdemokraten, davon zwei Frauen, 5 Radikale, darunter zwei Frauen, 16 Kandidaten der Rechten, darunter zwei Frauen, und ein weiblicher unabhängiger Kandidat gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 78 Prozent.

Dem deutschen Epheuer stehen noch die Haare zu Berge, wenn er vom Frauenwahlrecht hört. Demgegenüber bahnt sich gerade in den nordischen germanischen Ländern auch dieser Fortschritt den Weg!

## Agropolitische Entwicklungstendenzen in Deutschland.

Von einem Parteifreunde, der mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen Ostdeutschlands in vortrefflicher Weise vertraut ist, wird uns geschrieben:

Als kürzlich in der „Neuen Zeit“ Genosse Schiller zur Aufhebung unseres Programmpunktes betreffend Abschaffung aller indirekten Steuern in den stammunten verlangte, traten ihm ältere kommunalpolitisch erfahrene Genossen entgegen und widerlegten schlagend an der Hand eines reichen Tatsachenmaterials seine irigen Ansichten. Jetzt haben wir es aufs neue erlebt, daß ein süddeutscher Genosse die Abänderung eines Teiles unseres Programms fordert. Es ist Genosse Arthur Schulz, München, der in seiner Schrift „Ökonomische und politische Entwicklungstendenzen in Deutschland“ nicht mehr und nicht weniger verlangt als Aufgaben unseres bisherigen Agrarprogramms und unbedingtes Eintreten für den Bauernstand, in dessen Förderung allein das Heil der sozialistischen Zukunftsideale liegt. Für einen Sozialdemokraten wahrlich keine kleine Forderung! Da die Schrift des Genossen Schulz ein Versuch sein soll, die Autonomieforderung der süddeutschen sozialdemokratischen Landesorganisationen theoretisch zu begründen, muß hier etwas näher darauf eingegangen werden.

Sind wir ebenso wie Genosse Schulz mit dem Genossen v. Elm darüber einig, daß man Kontroversen, wie sie auf dem Nürnberger Parteitage herrschten, nicht durch Resolutionen aus der Welt schaffen kann, so stimmen wir v. Elm auch besonders darin bei, daß die soziale Entwicklung die Verhältnisse auch im Süden immer mehr zuspitzen wird und daß infolgedessen auch unsere süddeutschen Genossen dazu kommen werden, eine grundsätzlich ablehnende Stellung der Regierung gegenüber einzunehmen. Angesichts des Schulz'schen Buches werden wir in dieser Ueberzeugung um so mehr bestärkt, als wir, wie wir in folgendem näher darlegen wollen, die von ihm als richtig erkannten agrarpolitischen Entwicklungstendenzen nicht für maßgebend und folgerichtig zu halten vermögen.

Auch Genosse Schulz ist wie David und viele andere auf Grund seiner Studien zu der Ansicht gelangt, daß in der Landwirtschaft auf die Dauer der Großbetrieb dem Kleinbetrieb nicht standhalten wird, zumal heute schon überall der Kleinbetrieb dem Großbetrieb überlegen sei; und auch Schulz glaubt, daß wir zum Zukunftsstaate nur auf dem Wege der Vermehrung der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe, also des Bauernstandes, gelangen können. Wir wollen uns hier abschließend auf Norddeutschland beschränken, um uns nicht den von Schulz gegen alle norddeutschen Genossen erhobenen Vorwurf der Unersahrenheit in süddeutschen Angelegenheiten zuzuziehen. Aber auch bezüglich der Betrachtung der uns genau bekannten norddeutschen Verhältnisse vermögen wir dem Genossen Schulz nicht zu folgen. Wie steht es da zunächst mit der Ueberlegenheit des Kleinbetriebes? Schulz beruft sich auf die wissenschaftlichen Untersuchungen verschiedener Leute, wie Stimpfe, Ruhagen u. a., die durch den Vergleich der Reinerträge typischer Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe die Frage nach der Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe lösen wollten und gelöst zu haben glauben. Für uns scheiden alle diese Untersuchungen als nicht maßgebend aus, und zwar aus folgenden Gründen: Einmal hat Dr. Gottfried W. I. in einer größeren Arbeit: „Studien über vergleichende Reinertragsberechnungen typischer Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe in der Landwirtschaft“\*) unseres Erachtens den strikten Beweismittel erbracht, daß alle diese Arbeiten mit so schweren Fehlern behaftet sind, daß ihnen eine Beweiskraft nicht zugesprochen werden kann. Bei der großen Literaturkenntnis des Genossen Schulz dürfte man eigentlich erwarten, daß ihm eine so wichtige Arbeit nicht entgangen ist. — Zweitens aber ist es nach unserer Meinung unmöglich, für sämtliche Gegenden eine ausreichende Anzahl für ihre Größenklassen typischer Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe zu finden, deren natürliche und wirtschaftliche Verhältnisse gleichartig genug sind, und die zugleich lange Jahre hindurch so genau Buch geführt haben, daß man ihre Zahlen als unanfechtbares Material zu Grunde

legen kann. Und drittens darf man nicht vergessen, daß es in den meisten Kleinbetrieben wegen des in ihnen vorhandenen innigen Zusammenhanges von Landwirtschaft und Hauswirtschaft schon an sich mit den größten Schwierigkeiten verbunden ist, ihren objektiven Reinertrag so einwandfrei zu ermitteln, wie es für vergleichende Reinertrags-Berechnungen typischer Betriebe der verschiedenen Kategorien erforderlich ist. Sobotel gegen die Kronzeugen von Schulz. Hier hat man für die Zukunft voreilige Schlüsse gezogen und Resultate verallgemeinert, die unter den heutigen wirtschaftspolitischen Zuständen zunächst nur für bestimmte Gegenden und auch da nur, wie wir gesehen haben, sehr bedingte Geltung haben. Auch praktische Erfahrungen lehren das gleiche, denn wann und wo wurde je schon das Vieh eines norddeutschen bäuerlichen Besitzers zum Beispiel auf den Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft mit Preisen bedacht? Genosse Schulz wird uns nicht einen derartigen Fall anführen können, auch ist die Zahl der bäuerlichen Besucher dieser Ausstellungen so gering, daß sie kaum in Betracht kommt. Und dabei ist gerade die Viehzucht der einzige Zweig der Landwirtschaft, dem wir im Kleinbetrieb gegenüber dem Großbetriebe eine gewisse Ueberlegenheit zugesprechen können. Daß auf diesem Gebiete der Bauernbetrieb konkurrenzfähig sein wird, dafür bürgt uns der Zusammenschluß der bäuerlichen Besitzer zu den heute schon recht zahlreichen Viehzucht-Genossenschaften usw. Was aber ist letzten Endes ein genossenschaftlicher Betrieb anderes als ein Großbetrieb? Dagegen erscheint es uns ausgeschlossen, daß je der Feldbau der norddeutschen Bauern durch Zusammenlegung und gemeinschaftliche Bewirtschaftung als genossenschaftlicher Großbetrieb dem Einzelgroßbetriebe wird Konkurrenz bieten können, denn dem widerstehen, ganz abgesehen von den natürlichen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich solcher Zusammenlegung hindernd in den Weg stellen, auch vor allem die Charaktereigenschaften des norddeutschen Bauern, der sich an seinem Eigenbesitze festhält und auch körperliche Entbehrungen nicht scheut, um sich das Seinige zu erhalten. Erst durch solche Zusammenlegung zu genossenschaftlichen Großbetrieben wären aber die Bauern in der Lage, sich alle Errungenschaften der Landwirtschaftswissenschaft zu nütze zu machen und einen genügenden Bruttoertrag von der Flächeneinheit zu erzielen, während sie in der Viehzucht auch ohne genossenschaftlichen Betrieb zu diesem Ziele überall da gelangen können, wo ausreichende Gelegenheit zu lohnendem Nebenwerb durch Hand- oder Gespannarbeit gegeben ist. In all diesen Verhältnissen liegt mit der Hauptgrund, weshalb wir dem Bauern nicht näher kommen, und es gilt, gerade ihren zähen Widerstand gegen das Aufgeben der Selbständigkeit und gegen den Großbetrieb zu brechen; ob wir das aber durch Schaffung zahlreicher neuer selbständiger Bauernexistenzen erreichen werden, will uns föhlich recht ungläubhaft erscheinen.

Wir vermögen nach wie vor den leitenden Gedanken der künftigen landwirtschaftlichen Entwicklung nur in der mehr und mehr fortschreitenden Spezialisierung der Großbetriebe und in der stärkeren Heranziehung der Maschinenarbeit zu erkennen. Wir schließen dies daraus, daß schon viele solche Betriebe entstanden sind, die mit weniger Arbeitskräften und finanziell gutem Erfolge wirtschaften und daß gerade in solchen Betrieben maschinelle Einrichtungen, die auf die Dauer allein menschliche Arbeitskräfte zu ersetzen vermögen, am leichtesten Eingang finden und am lohnendsten sein werden, da hier die Arbeiten nicht so mannigfaltig sind, als in gemischten Betrieben. Auch für diese Tatsachen können wir praktische Belege finden, wenn wir beispielsweise unsere Augen auf den Nordosten Deutschlands richten. Man sehe sich doch die ostpreussischen Großagrarier einmal etwas genauer an! Gewiß, sie genießen unter dem Regiment des agrarischen Kanzlers Bülow manchen Schutz und manche Vorrechte, die ihnen das Leben erleichtern; aber wer mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen vertraut ist, wird doch zugeben müssen, daß ihnen die Wirtschaft heutzutage bei den ungeheuren Preisen für Maschinen und Geräte, für künstliche Düngemittel und Saatgut, und bei dem allerdings meist selbstverschuldeten Arbeitermangel ziemlich schwer gemacht wird. Wenn nun all diese Herren, die zum Teil noch, wie zum Beispiel die Grafen Schaffgotsch, Carolath u. a. in Schlessien, sich ein großes und recht lohnbringendes Beamtenheer halten müssen und können, eine Rente aus ihren Kleinwirtschaften ziehen, die größtenteils sehr intensiv betrieben werden — denn daß sie lediglich aus der eigenen, gut gefüllten Tasche leben und für ihre Herrschaften nur zusehen, das werden sie niemandem weismachen — um wieviel mehr müßten wir im sozialistischen Staate, wo uns Maschinen und künstliche Düngemittel usw., die gesellschaftlich für die Gesellschaft produziert werden, doch weit billiger zur Verfügung stehen würden, im Großbetriebe rentabel wirtschaften können! Im sozialistischen Staate werden wir doch sicherlich so weit sein, daß das Deutsche Reich wirklich ein einiges, ungeteiltes Land und Volk von Brüdern ist, daß nicht mehr der eine hier sein Vaterland, der andere dort sein Vaterland innerhalb Deutschlands hat. Dann aber sind wir auch nicht mehr wie heute gezwungen, überall, also auch dort Landwirtschaft zu treiben, wo sie sich ab-

solut nicht rentiert. Nein, dann können wir uns die fruchtbarsten und zur Landwirtschaft geeignetsten Ländereien aussuchen und dann werden wir natürlich alle Eroberungen von Technik und Wissenschaft zu Rate ziehen und im Großen vorgehen; denn nur im Großbetriebe können wir all die technischen und wissenschaftlichen Errungenschaften, wie elektrische und Dampf-Pflüge, Wägenmaschinen, künstliche Düngemittel zc. ausnützen. Erst in unserer Hand werden all diese bedeutenden Waffen moderner, neuzeitlicher Landwirtschaft ihren Zweck wirklich erfüllen und ihren hohen Wert erweisen, der neben der Steigerung der Rentabilität durch bessere Ackerbearbeitung zc. namentlich in der Ersparnis menschlicher Arbeitskräfte liegt, worauf wir im Zukunftsstaate auch besonderen Wert legen müssen. Nur so kann sich nach unserer Meinung das Bild der Landwirtschaftsbetriebe in einem sozialistischen Staate gestalten.

Was schließlich das Verhältnis der Industrie zur Landwirtschaft anbelangt, so glauben wir ebenfalls nicht, daß die Industrie, wie Genosse Schulz meint, darauf angewiesen ist, zu warten, bis wir ihr durch Fertigstellung des norddeutschen Großgrundbesitzes in Bauernbetriebe günstige Absatzbedingungen geschaffen haben. Wir sind vielmehr mit Schultz der Ansicht, daß sich die rasch vorbringende Industrie gerade dort ausbreiten wird, wo schon heute die Absatzbedingungen günstige sind, wie zum Beispiel in Süddeutschland, namentlich auch in Bayern, und daß dann mit fortschreitender Industrialisierung dort die ökonomische und politische Entwicklung denselben Verlauf nehmen wird, wie wir ihn in Norddeutschland haben. Wer aufmerksam die Zahlen der letzten Volkszählungen verfolgt hat, sieht außerdem, daß die natürliche Entwicklung immer mehr der Industrie und nicht der Landwirtschaft das Uebergewicht verleiht; es hieße also, sich dieser natürlichen Entwicklung gewaltsam entgegenstellen, wollten wir nach Schulz' Muster dem Bauernstande zuliebe eine reine Agrarpartei werden.

Nach allem ist es dem Genossen Schulz ebensowenig wie David gelungen, uns klar zu machen, wie er sich den Sozialismus mit lauter landwirtschaftlichen Kleinbetrieben denkt, und noch viel weniger, wie die Fertigstellung des norddeutschen Großgrundbesitzes in bäuerliche Kleinbetriebe vor sich gehen soll. Wir meinen vielmehr, daß Genosse Schulz mit seinen Bestrebungen, immer mehr selbständige Bauernbetriebe zu schaffen, auf einem ganz falschen Wege ist, ja daß gerade er es ist, der damit die große Schicht der Bauern uns entfremdet und von uns weißt. Wie sehr recht wir damit haben, dafür liefert Schulz uns selbst den Beweis; bleibt ihm doch nichts anderes übrig, als, um zur Verwirklichung seines Agrarprogramms zu gelangen, für Fleisch- und Viehzüchter einzutreten, womit er nicht nur uns Norddeutschen, sondern auch seinen süddeutschen Genossen in den Rücken fällt, die bisher an unserer Seite im Reichstage gegen jede Verneuerung der Lebensmittel des Proletariats durch besagte Zölle gekämpft haben! Damit sei's genug. Die endgültige Verbannung der Schulz'schen Schrift können wir getrost dem nächsten Parteitage überlassen, der sich voraussichtlich ja mit der Agrarfrage befassen wird. Ob Genosse Schulz bis dahin mit uns zu der Einsicht gelangen wird, daß es besser wäre, wenn er dieses Büchlein nicht geschrieben hätte? — Wir wagen es nicht zu hoffen.

Dr. ip.

## Politische Uebersicht.

Für die Nachlasssteuer im Sinne der Regierungsvorlage treten außer den Sozialdemokraten noch immer Freischärler aus allen bürgerlichen Parteien ein. Würde sich die Regierung bloß die Mühe geben, ihre Autorität nur einigermaßen für die schwer bedrohte Vorlage einzusetzen, so wäre ihre Annahme im Reichstage, und zwar eine Annahme durch eine sehr starke Mehrheit, durchaus gewiß. Es ist bekannt, daß ein Teil der Konserverativen bereit ist, von dem rein negierenden Standpunkt, den die Fraktion bisher eingenommen hat, abzugeben, wenn die Regierung es auf die entscheidende Probe ankommen läßt. Wir können hinzufügen, daß auch der ablehnende Standpunkt des Zentrums keineswegs so gefestigt ist, wie es den Anschein hat. Bei einer Abstimmung im Reichstageplanum ist eine Spaltung in der Zentrumsfraktion durchaus nicht unwahrscheinlich. Das Endergebnis wäre Annahme des Nachlasssteuerentwurfs gegen den blinden Teil der Konservativen und gegen jenen Teil des Zentrums, der unter allen Umständen mit den Agrariern der äußersten Rechten gehen will. Dieser Teil des Zentrums würde sich aber in demselben Maße verringern, in dem die Aussichten der äußersten Rechten auf praktischen Erfolg sinken; denn das Zentrum schlägt sich schlaue Weise immer auf die Seite, auf der es die größere Macht vermutet. Dazu kommt, daß von den verbündeten Regierungen, mit Ausnahme Preußens und einiger seiner nächsten Vasallen, auf die ihnen zugewandten Reichstagsabgeordneten eifrig im Sinne der Nachlasssteuer eingewirkt wird.

Die Partei ist also sicher zu gewinnen, wenn der Herr Reichskanzler sich überhaupt bemühen will, sie zu spielen. Hier aber hat der Kaiser: Fürst Bülow weiß zwar, daß

\*) Mitteilungen der Landw. Institute der Kgl. Universität Breslau, Band III, S. 5, 1906.

in den Regierungskontour gegen die Agrarier im Reichstag durchbringen kann, er weiß aber auch, daß er dann ein Gezeichnete wäre, den nächsten des Reichs in den Rücken trifft. Die Junker würden es einem Reichskanzler nie verzeihen, wenn er sich herausnimmt, sie zu bestechen, und würden das bei der nächsten Gelegenheit Revanche nehmen, entweder im Parlament, oder, was wahrscheinlicher ist, außerhalb des Parlaments. Es gibt viele Punkte, an denen Reichskanzler sterblich sind, und die Junker kennen diese Punkte sehr genau.

Daran und an nichts anderem liegt es, daß der Reichskanzler und die offizielle Presse die Nachschsteuer und ihre Anhänger vollständig im Stiche lassen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ findet kein Wort gegen die „nationale Arroganz“ der Junker gegen die „Vaterlandslosen“ mit dem steuerreichen Portemanteau. Sie schreibt vielmehr:

Die Lage der Reichsfinanzreform ist noch immer wenig geklärt. Im Lande herrschen nach wie vor starke Meinungsverschiedenheiten über das Besteuerungskompromiß. Inzwischen hat der Reichstag indessen eine erste öffentliche Meinung geäußert, als die positive Arbeit in der Finanzkommission wenigstens begonnen hat.

In der Frage der Tabakbesteuerung ist man noch nicht zu einer Einigung gelangt, insofern ist von allen Seiten anerkannt worden, daß es notwendig ist, die von der Regierung geforderte Summe aus dem Tabak herauszuholen. Ueber die Form wird man in der Zukunft eine Einigung finden. Vor allem aber ist am Freitag insofern etwas Positives geschehen, als der entscheidende Paragraph des Steuerergänzungsgesetzes angenommen und damit der von der Regierung im Budget 1897/98 in Millionen Mark geschätzte Mehreinnahme im Prinzip bestimmt worden ist. Es steht zu hoffen, daß die Veranlassung der indirekten Steuern in der Finanzkommission auch weiterhin einen guten Verlauf nehmen werden.

Jubel über die „vorbedachte“ Vermittlung der Steuer! Von der Nachschsteuer, der „conditio sine qua non“, der Bedingung, ohne welche überhaupt nicht, des Herrn Sydow kein Wort mehr!

Der Herr Reichskanzler selbst aber schreibt dem „Nationalen Bürgerverein“ in Oberhausen:

Die Vorschläge sind vielleicht Verbesserungsfähig. Ich hoffe aber, daß bei der Lösung unserer wichtigsten politischen Aufgabe der Gegenwart sich nicht, wie so oft, das Bessere als das Übel erweisen wird.

Auch hier kein Wort von der Nachschsteuer. Die Freunde der Regierungsbilligkeit können sich helfen reden und die Finger wund schreiben, der Herr Reichskanzler macht sich nicht mit. Die Nachschsteuer fällt, weil sich Herr von Bülow vor Herrn von Oldenburg fürchtet.

### Sozialistische Töne im Agrarierblatte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ kommt auf ihr Lieblingsbema, die Einführung einer Kohlensteuer, zurück und küßt die Gelbhemme des Reiches gehörig aus, um für die Kohlensteuer Propaganda zu machen. Das agrarische Blatt schreibt:

Milliarden sind im Laufe der Jahre durch die Ausbeutung des Nationalkapitals in die Taschen privater Kapitalisten und Kapitalgesellschaften geflossen, und das Volk muß sich zusehen, wie mit jeder gehobenen Tonne Kohle eine Verminderung des eigentlich der Gesamtheit zustehenden Eigentums an diesen unergründlichen Bodenschätzen eintritt, so, es muß mit ansehen, daß diese Großkapitalisten, deren der Staat die Ausbeutung dieses nationalen Schatzes leider ganz frei überlassen hat, den deutschen Verbraucher teure Kohlen vorkaufeln, um sie zur Deckung von Wucherpreisen zu nötigen, während das Ausland zu sehr viel niedrigeren Preisen damit versorgt wird. Statt wenigstens energisch gegen die verwerfliche Anwendung einer unbedacht überlassenen Ausbeutungsberechtigung einzuschreiten, wurde dieselbe noch durch Abschreibungsgewinne auf staatlichen Eisenbahnen unterstützt und die preussischen Eisenbahnen müssen für den Bau von Kanälen Hundert- bis Millionen - Opfer bringen, welche in erster Linie dem Kohlenhandelskapital seine Ausbeutungspolitik gegenüber den deutschen Konsumenten erleichtern werden. Andererseits wurde jeder ernsthafte Versuch zurückgeschoben, eine begründete Ausbeutung der nationalen Bodenschätze zu einer angemessenen Tributleistung an die Staatskasse heranzuführen.

\*) Wir dürfen uns nicht mit fremden Federn schmücken. Diese, eines jungen, edelgeborenen Künstlers, Kennerung ist lediglich abgeschrieben aus einem Briefe, den Herr Prof. Semmler dem L. L. Hofburgtheater am 2. März 1897 geschrieben hat.

Wenn die „Tageszeitung“ das will, dann soll sie nur der sozialdemokratischen Forderung zustimmen, daß den Kohlenkönigen die Güter der Allgemeinheit wieder abgenommen werden. Mit der Kohlensteuer wird wieder nur eine Last für die Konsumenten geschaffen, aber nicht für die Kohlenmänner.

### Das neue Schiffahrtsgesetz.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erhebung von Schiffahrtsgeldern. Artikel 1 dieses Gesetzes ändert den Artikel 54 der Reichsverfassung dahin ab, daß es nach Streichung des zweiten Satzes des Absatzes 3 dieses Artikels jetzt im vierten Absatz lautet: „In allen Fällen und auf allen natürlichen Wasserstraßen dürfen Abgaben nur für solche Werke, Einrichtungen oder sonstige Anstalten erhoben werden, welche den Verkehr wesentlich erleichtern. Diese Abgaben bilden bei staatlichen Anstalten und Wasserstraßen die zur Herstellung und Unterhaltung erforderlichen Kosten nicht übersteigend. Der Zweck der Abgaben können die Gesamtkosten für das Stromgebiet oder das Wasserstraßennetz zugrunde gelegt werden.“ Am Artikel 2 des Entwurfes bestimmt § 4, daß die Einnahmen aus den Abgaben nur zur Deckung der erwählten Veraltungs- und Unterhaltungskosten zu verwenden sind. Ferner heißt es in Artikel 2, daß in der Verwaltung eines von mehreren Bundesstaaten zur gemeinsamen Erhebung von Abgaben geschlossenen Bündnisses ein Mitglied des Bundestages zum Vertreter oder zur Vorwahrnehmung von Stromgebieten verpflichtet werden. Artikel 5 bestimmt schließlich, daß die landesrechtlichen Vorschriften, welche der Erhebung von Schiffahrtsgeldern entgegenstehen, außer Kraft treten.

Das ganze läuft natürlich wieder auf eine Verteuerung des Warenverkehrs und damit der Lebensmittelbeschaffung hinaus.

Kriegsverlust. Die Ausfuhr aus Sachsen ist unter der Einwirkung der Artie gewaltig zurückgegangen. Gegen 1906 hat der Ausfuhrwert, der den des Jahres 1907 noch um circa 14 Millionen Taler übertraf, um nicht weniger als 87,4 Millionen Mark abgenommen, und zwar verlor die drei in Chemnitz vereinigten Konsumatordistrikte Chemnitz, Annaberg und Glauchau, die hauptsächlichst Waren exportierten, allein 4372000 Taler. Hieraus spricht sehr deutlich der rückwärtige Geschäftsgang in Nordamerika. Sachsen hat dabei relativ weit mehr eingebüßt, als das übrige Deutschland.

Das Jagdrecht im deutschen Walde. Im preussischen Abgeordnetenhaus knüpfen sich am Freitag interessante Auseinandersetzungen an die Anregung des Genossen Vorqmann, die Einnahmen aus den Jagdbeiträgen der Staatsforsten dazu zu verwenden, daß man den hohen Forstbeamten nicht die Ausübung des Jagdrechts unentgeltlich überläßt. Man sollte meinen, daß an der Einführung dieser Forderung in der letzten Zeit der Finanznot, in der man schon Entkommen von 120 Mt. an mit Zuschlägen belastete, jede Partei interessiert sein dürfte. Aber was geschieht? Alle Parteien, auch die freisinnigen, wandten sich gegen unseren Genossen. Vorqmann hatte allerdings in seiner Rede schon darauf hingewiesen, wo der eigentliche Widerstand gegen seinen so selbstverständlichen Vorschlag zu finden ist. Er hatte von einer Korruption gesprochen, die darin besteht, daß die Oberförster in den Staatsforsten Jagden verkaufen, hohe und höchste Beamte in ihre Häuser zu Jagdzeiten einladen. Was geschieht, bleibt geschenkt, denken nun unsere höheren Beamten und wehren sich daher nach Kräften dagegen, daß man auch ihnen für die Ausübung des Jagdrechts etwas abnimmt. Daß hierunter nicht nur die Staatskasse leidet, sondern auch die unteren Forstbeamten, konnte unser Genosse an der Hand zahlreicher Beispiele, die ihm aus Forstbeamtenkreisen vorgebracht waren, beweisen. Was antworteten nun Regierung und bürgerliche Parteien auf diese unangenehmen Angaben Vorqmanns? Der Landwirtschaftsminister gab zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß sich ähnliche Fälle an sozialdemokratische Abgeordnete wenden. Sollen sie sich etwa an die Parteien wenden, die sich auch hier als Vertreter der Besitzenden geltend machen und die unteren Forstbeamten unterwerfen? Weiter behauptete der Minister den gewissenhaften Charakter der Forstbeamten, die den Jagdbeiträgen nicht weichen, aber doch niederbrütend wirken würde. Was darunter zu verstehen, ist das Geheimnis des Herrn v. Arnim. Konservativ und Nationalliberal wollen natürlich von einer Veräußerung der Jagd nichts wissen. In der Rede zum Walde und zur freien Natur haben wir Herrn Vorqmanns Gedanke nicht nach, aber wir wollen nicht, daß der Wald ein Zummelplatz reich beholter hoher Beamter ist, die in ihm, ohne einen Pfennig zu zahlen, das Jagdrecht genießen, während man anderen den Jagdlosen immer neue Lasten auferlegt.

Welfenfranz — aber Offizier! Die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben: Der leitende Ingenieur Fabian geistlich, aber noch zur Armee zählend, der so in Siegfried in Bayern wurde, hat die suite des 1. Schweren Regiments gestellt und zum Major befördert. — Dazu reicht noch?

Verbreitung von Frühstücken für Volksschüler. Die Stadtvorstandsvorstellung in Frankfurt a. M. nahm in ihrer letzten Sitzung zum 1. Mal einen Antrag des Schulrats an, der den Magistrat ersucht, den Zuschuß an den Vereinen zur Beschaffung von Frühstücken für arme Kinder von 7000 Mark auf 10.000 Mark zu erhöhen. In Dresden werden nur 5000 Mark dazu gegeben, die Sozialdemokraten beantragen die Verdoppelung dieser Summe.

Die revoltierenden Zentrumsarbeiter. Von den mit der offiziellen Zentrumskandidatur unzufriedenen katholischen Arbeitern im Wahlkreis Oden-Württemberg ist der christliche Gewerkschaftsbund in Oden-Württemberg gegründet worden. Der Kreis weist also nun zwei Zentrumskandidaturen auf. Eine Angst, daß der Arbeiter gegenüber dem Klassen durchbringen könnte, besteht allerdings nicht. Dazu ist die Mehrheit des Zentrums zu arbeiterfeindlich.

Deutsche Staatsaktion gegen angebliche Geheimverbindungen von Russen. Das Dresdener „Journal“ will erfahren haben, daß es den Ermittlungen der Dresdener Politischen Polizei gelungen ist, das Bestehen einer über ganz West-Europa verbreiteten Geheimen Verbindung im Auslande lebender Russen zur Unterhaltung der russischen sozialdemokratischen Partei aufzudecken. Durch die in Dresden und anderen sächsischen Städten gleichzeitig vorgenommenen Ermittlungen soll der volle Beweis von dem Bestehen einer sozial-revolutionären geheimen Organisation erbracht worden sein, deren besonders belastete Mitglieder in gerichtliche Untersuchungen genommen wurden. Auch in anderen Städten Deutschlands sind auf Anregung der Dresdener Politischen Polizei gegen angeblich dort bestehende Gruppen dieser Verbindung Ermittlungen im Gange.

Einige der Verhafteten nennen sich Studenten — schreibt das Blatt — ohne jedoch in Wirklichkeit bei der Hochschule immatrikuliert zu sein.

Wahrheitslieblich wird wieder einmal, wie bei früheren Gelegenheiten, sich herausstellen, daß man aus der Masse einen Defektor gemacht hat.

Wolffkeins Wärfesteier. Am 18. März ist bei dem preussischen Polizeiminister v. Wolffke ein lamentarisches Schreiben. Die Führer des Wolffkeins sind natürlich auch dabei.

Die Führer des Wolffkeins demonstrieren damit auf wirkungsvolle Weise gegen die verheerliche Taktik jener Leute, die am 18. März 1848 auf der Straße mit Leib und Leben für die Freiheit des Vaterlandes eintraten. Damit, sagt der kluge Doktor Bachante, nützt man nur der Reaktion.

Wer ein wirklicher, richtiger, echter, zuverlässiger durch und durch erprobter Feind der Reaktion ist, wer die Jahre der bewährten Grundzüge für Freiheit und Fortschritt unentwertet hochhält, der geht am 18. März zum preussischen Polizeiminister zum Abendessen.

Stotendemonstration gegen unzufriedene Samoaner. Auf Samoa ist schon seit längerer Zeit eine der deutschen Herrschaft feindliche Bewegung im Gange, die von offizieller Seite mit der Frage der „Thronfolge“ für den alten Häuptling der Eingeborenen in Verbindung gebracht wird. Obwohl bisher Gewalttätigkeiten gegen weiße Anführer nicht vorgekommen sind, hat der Gouverneur Dr. Solf die Entsendung einiger Kriegsschiffe nach Samoa verlangt. Der Chef des Kreuzgeschwaders in Ostasien, Konteradmiral Köpcke, ist nunmehr beauftragt worden, sich mit drei Kriegsschiffen nach Samoa zu begeben. Die offizielle Notiz spricht die Hoffnung aus, daß die Anwesenheit dieser Kriegsschiffe genügen wird, um die Bestätigung der Schlichtung und die Wiederherstellung der Ordnung ohne Rumpfe herbeizuführen.

Unsere Kolonialregimente werden durch Schaden nicht klug. Sie spielen immer wieder ohne Not mit dem Feuer, bis sie sich die Finger verbrennen und dem deutschen Volke neue Opfer an Gut und Blut aufhalsen.

Der Kaiser reist. Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ verläßt am Donnerstag den Kieler Hafen und wird sich über Gibraltar nach Venedig begeben, wo das Kaiserpaar sich am Dienstag nach Venedig, also am 13. April, einschiffen wird. Das Kaiserpaar wird zuerst auf Korfu Aufenbalk nehmen. Auf der Rückreise wird Neapel an angelaufen werden.

Ein mühsiger Zinnbesucher hat ausgerechnet, daß der Kaiser im vergangenen Jahre bei seinen Reisen 18.700 Kilometer zurückgelegt hat.

Trennung von Staat und Kirche. In einer großen liberalen Volksversammlung für den vom Hamburger Erzbischof Albert oemahrechten liberal-katholischen Pfarrer Tremerl empfahl der liberale Referent Kohl, in die Enge getrieben, die von einem Sozialdemokraten eingebrachte Resolution, die als Lösung aller Konflikte zwischen der Kirche und der Staatsgewalt die Trennung von Kirche und Staat fordert. Die liberale Resolution wurde zurückgezogen und die sozialdemokratische, weil konsequent und weitergehend, fast einstimmig angenommen.

### Der letzte Komödiant.

Kommen in drei Akten von Carl von Soller.

139: Können Sie mir nicht unzufrieden sein. Wenn Sie zufrieden sind, so ist's vollkommen. Ich bin nicht so nachsichtig gegen mich, wie es vielleicht Ihnen bisweilen scheint. So lange ich lebe, arbeite, lebe, agiere, bild' ich mir wohl allerlei auf mein Streben ein. Die Bedeutungslosigkeit und Zwecklosigkeit meiner Thaten. Ich war vom Beginn meines Daseins an so unzufrieden, wie ein großes, weites Ziel zu setzen, und ich bin nicht von jenen hohen, reinen Tönen, die sich erheben, aus ich noch schwärmerisch davon geredet und den Weg suchte, um sie zu erreichen. Ich will nicht leeren Schreien, ich will Wahrheit, so weit sie dem armen Menschen werden kann. Wahrheit will ich finden, Wahrheit will ich geben, und sie soll das Bewußtsein der Schuldhaft tragen! \*)

Da er so sprach, sah er sein Angesicht eine wunderbar unheimliche Verklärung, daß Wulf ihn ängstlich betrachtete, mit jenem rätselhaften Gemüthe darger Vorahnungen, die uns nicht selten in unheimlich gleichgültiger oder auch angenehmer Beschäftigungen erschaffen. Diese völlig unbegründete Panikgriffel sprach sich in der Frage aus: Ob fürjünglich erkrankte Nachrichten von Antheils angelangt wären. Warum Ernst erwiderte: Natürlich eben nicht; ich hoffe täglich auf ein Schreiben. Das gesehene Verhalten war lang und kühl. Antheils erwiderte sich bezweigen; sie sei doch ein leichtes Liebesbedürfnis ihrer Mutter an dem Jünger gehabt, das jedoch in nächster Woche schon die Gewohnheit anzuehmen zu lassen zu lassen.

Wulf bezwang sich so ziemlich, damit der junge Fremde nicht gewahr werden möge, welche freudigen Boden diese nicht minder unbedeutende Antheilsstände in seinem Herzen gezeigten. So wie er aber allein war, überließ er sich tiefer Nachdenklichkeit. Jener schalt er sich selbst bezweigen und gedachte sich mühsig ein, daß nicht der geringste Grund vorliegen für jenen plötzlichen Uebergang aus lebensfröhlicher Jugendzeit in wehmüthige Traurigkeit. Aber was stand auf Grunde, auf begründete Ursachen bei ähnlichen Stimmungswandlungen? Der kann den künftigen Flor von der Seele nehmen, wozu sie bisweilen ergriffen wird, daß alles um sie her trüb' und dunkel erscheine?

\*) Wir dürfen uns nicht mit fremden Federn schmücken. Diese, eines jungen, edelgeborenen Künstlers, Kennerung ist lediglich abgeschrieben aus einem Briefe, den Herr Prof. Semmler dem L. L. Hofburgtheater am 2. März 1897 geschrieben hat.

Das häßliche Gewebe senkt sich über uns, und kein Sterblicher noch hat erklären können, welche Rächte es wohnt, noch woher solche Trauerbedrücktheit ihm kam. Auch gibt es mir ein Mittel dagegen, und dieses heißt: Tätigkeit. Was kommen soll, wird freilich dadurch nicht abgewendet; denn welche Erdennacht vermöchte höhere Reichthümer zu wenden?

Wulf ging an seine Geschäfte und senkte aus tiefer Brust: Wie Gott will!

An einem Sonntage war's. Sie spielten „Frischolin“. Als Ernst Walde, der den seiner Gehilferin traun ergebenen, frommen Antheils, sehr ungenügend, hoch bezaubernd ansah, auf die Bühne kam, trat ihm Wulf geistlich den Rücken an: „Wie ist's? Ich hoch den Briefträger ins Antheilszimmer eilen; hat er Ihnen etwas gebracht?“

„Zwei Anträge! Wollen Sie lesen?“

„Was kümmern mich die Anträge! Nichts von ihr?“

„Nichts! Wenn mir die Mutter nicht kränker geworden ist!“ — Sein Stöhnen rief ihn auf die Szene.

„Julia ist tot“, murrte Wulf; „ich fühl' es hier! Die-mal stürzt' ich mich nicht!“ Dabei drehte er die Hand gegen die Wand und blieb starr lächelnd stehen.

Sammen; der helle, reine Morgen schaute drohend ins Fenster hinein, wie wenn er sagen wollte: traue mir keiner; man soll den Tag nicht vor dem Abend loben!

Der Tag zog sich in hergebrachten, alltäglichen Beschäftigungen hin, die abermals ihren zerstörenden Einfluß bewährten und Wulfen sogar vergessen ließen, bei Ernst nachzudenken, ob ein Brief da sei. Erst Abends im Theater fiel ihm aus Herz, daß er den ganzen Tag nichts von Ernst gesehen, noch gehört. — Niemand wußte etwas von Herrn Walde. — Schlechte Nachrichten, dachte Wulf, sind nicht entworfen... aber gute auch nicht; sonst wär' er hier, sie mir zu bringen. Und was kann ihn abhalten, sich im Schauspielhaus einzustellen, wo er seinen Abend verbringt, sei es auch nur, um ein Weilchen mit mir zu plaudern.

Der Theaterdiener wurde nach Ernsts Wohnung geschickt. Dieser brachte den Bescheid zurück: Herr Walde könne nicht gehen, „es sei ihm in die Beine gefahren“; wahrscheinlich eine Erkältung von gestern Abend! Er habe sich „gelegt“ und denke morgen wieder auf den Füßen zu sein.

Wulf, dessen Phantasie ausschließlich auf Julia und deren Tochter gerichtet, nur für diese bangte, fand nichts Besorgniserregendes in einem leichten Rheumatismus und sprach vor sich hin: So empfindlich ist unsere heutige Jugend; zu meiner Zeit hätten wir wegen eines bißchen „Fussreißens“ nicht das Bett gesucht.

Das war Montage. Am Dienstag früh brachte ihm der Theaterdiener ein vom Stadthypothek unterzeichnetes Krankheitsattest: „Herr Walde ist außer Stande aufzutreten.“ — Sollte dieser Doppelsinn ein „iz des Artzes sein, oder hatte er noch eine andere Bedeutung? Wulf eilte zu Ernst. Dieser begrüßte ihn herzlich und in bester Laune: „Ich kann nicht gehen, Freund Tod! Meine Füße sind wie gelähmt. Gestern waren's nur die Füße, heute reicht's schon bis an die Arme.“

„Was meint denn der Arzt?“

„Ja, der will nichts davon hören, daß ich Sonnabend bis Frode von Lasso mitmache. Aber ich, habe ihm erklärt, es müsse sein! Und da soll ich denn flüchtiglich schwitzen. Das ist mir wohl schrecklich unwohl; ich bin so ungebürlich im Bette. Doch für den Lasso bring' ich jedes Opfer. Ich werde anhalten.“

„Und ich werde bei Ihnen bleiben; werde mich hier bei Ihnen einrichten mit meiner Schwester; Ihnen auf den Dienst lauern; so wenig wie möglich mich einmischen und darauf achten, daß Sie die Schuld nicht verlieren.“

„Wenn Sie mit mir plaudern, Tod, will ich still Regnen und gehorchen, soll' ich noch so viel leiden.“

(Fortsetzung folgt.)

Zu der Behandlung der Balkantriffl

haben sich über Sonntag die pessimistischen Stimmen gemehrt, allent-

Auch in informierten Wiener Kreisen wird angegeben, daß die Dinge schlecht stehen.

Neue Belgrader Meldungen bestätigen die Macht der serbischen Regierung, die österreichische Note mit dem Hinweis auf die

Die Note des österreichisch-ungarischen Gesandten Grafen Forgach war im Ministerat Gegenstand lebhafter Erörterung.

Im serbischen Ministeium des Aeußeren wird erklärt, daß man infolge der Erledigung anderer dringender Angelegenheiten

Der Londoner Chemiker, der in der serbischen Pulverfabrik die Bombenfabrikation leitet, erklärt, daß die weitere Fabrikation ein-

Die Meldungen von dem bevorstehenden Abschluß eines bulgarisch-serbischen Bündnisses werden von diplomatischer Seite als

In der Freitag-Sitzung der Skupstina gelangte der Bericht des Finanzansschusses über den Minimaltarif, sowie ein Gesuchentwurf

Vor den italienischen Stichwahlen, die am gestrigen Tage stattfanden, wurde uns noch geschrieben:

Die linke Seite des Giolitti-Blocks beginnt stetig zu werden. Sie hat die Kriegskosten der Wahlen zu bezahlen.

Socialisten, Republikaner, Radikale (bürgerliche Demokraten) — ein gegenwärtiges Unterstühungsbandnis abgeschlossen.

Naturgemäß sind manche lokale Widerstände bei der Stichwahl-

Wang unbegreiflich ist das Verhalten der Republikaner in Ravenna und Lugo, die die Unterstützung unserer dort in Stich-

Die Syndikalfisten haben sich überall außer in Comacchio, wo auch die Partei für ihren Kandidaten stimmte, mit recht kümmerlichen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. März.

Die beschlagene Fahne des Sozialdemokratischen Vereins

(siehe Beilage) wurde auf Einspruch des Parteisekretärs Neulirch heute Mittags 12 Uhr freigegeben!

Zur Tarifbewegung im Breslauer Lössergerwerbe Eine Gehilfenversammlung, welche am Sonntag Nachmittag im Gewerkschaftshause stattfand, nahm den Bericht über die erneuten Verhandlungen

Zum Gedächtnis der März-Revolution findet am kommenden Sonntag, den 21. März, Abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause

Die Junungen und die Fortbildungsschulen in Breslau. Ueber dieses zeitgemäße Thema wird Genosse Neulirch am Freitag, den 19. März, bei den vereinigten Gewerkschaften

Ueber das Hochwasser meldet heute Mittag die „Schlesische Zeitung“:

Das Wasser in der Ober ist bei Ratibor um 40 Zentimeter weiter gestiegen. Die Anflutung des Eises schreitet in ruhiger und langsamer Weise fort.

In Kottwitz zeigt der Pegel 2,49 Meter, die Ausfluthöhe beträgt 3,50 Meter. In Trebschen zeigt der Pegel, 89 Meter, die Ausfluthöhe beträgt 3,25 Meter.

Der geringe und heutige Schneefall herrschte in ganz Mittel-schlesien. Das Thermometer sank in der Nacht unter Null.

Stadt-Theater. Am Sonntag gastierte Herr Sieber als David in Wagners „Meistersinger“ auf Engagement. Der Gast

Am Donnerstag geht „Die weiße Dame“ von Boletzien (sprich: Bojeldisch) in Szene, eine der reizendsten älteren französischen Opern.

Die Scharfrichter im Gewerkschaftshause. Die Nachfrage nach Billeit für das Gastspiel der Münchener Künstler-Vereinigung

„Messina vor und nach dem Erdbeben.“ Im Schauspielhause wurden am Sonnabend Nachmittag durch das optische Institut

„Elektra“-Vorbereitungen. Für das Musikdrama „Elektra“, das zuerst an unserer Opernbühne aufgeführt wird,

Der Salon „Schlesien“, der Sonntag früh in Breslau aufgestiegen ist, war wegen der Nähe der russischen Grenze

Im Welt-Panorama in der Gartenstraße wird vom 14. — 21. März London und anderes aus England gezeigt.

Der Salon „Schlesien“, der Sonntag früh in Breslau aufgestiegen ist, war wegen der Nähe der russischen Grenze

Im Welt-Panorama in der Gartenstraße wird vom 14. — 21. März London und anderes aus England gezeigt.

Der Salon „Schlesien“, der Sonntag früh in Breslau aufgestiegen ist, war wegen der Nähe der russischen Grenze

Im Welt-Panorama in der Gartenstraße wird vom 14. — 21. März London und anderes aus England gezeigt.

Der Salon „Schlesien“, der Sonntag früh in Breslau aufgestiegen ist, war wegen der Nähe der russischen Grenze

Im Welt-Panorama in der Gartenstraße wird vom 14. — 21. März London und anderes aus England gezeigt.

Der Salon „Schlesien“, der Sonntag früh in Breslau aufgestiegen ist, war wegen der Nähe der russischen Grenze

Im Welt-Panorama in der Gartenstraße wird vom 14. — 21. März London und anderes aus England gezeigt.

angeworfen und fast beschädigt wurde. Das Pferd bevor wurde

Neueste Nachrichten.

Serbien und Oesterreich.

Belgrad, 15. März. (S. L.-B.) Die Antwort auf die Note des österreichischen Gesandten an den serbischen Gesandten in Wien

Wien, 15. März. (S. L.-B.) Gestern Abend verlautet in Journalistenkreisen, daß hier eine Nachricht eingetroffen sei,

Sofia, 15. März. (S. L.-B.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Das Kriegsministerium läßt an der serbischen Grenze bei

Petersburg, 15. März. (S. L.-B.) Die Schwarze Meer-Flotte hat Befehl erhalten, sich zum Schutze der russischen

Wien, 15. März. (S. L.-B.) Der nächste Schritt Oesterreichs bei Serbien auf die zweifellos ungünstige Antwort, die von allen Seiten signalisiert wird, soll, wie in

Belgrad, 15. März. (S. L.-B.) Der Ausschuss der nationalen Landesverteidigung teilt mit, daß Kronprinz Georg die an der

Paris, 15. März. (S. L.-B.) Nach einer Feleroder Meldung des „Matin“ wird die Antwortnote der serbischen Regierung, deren

Schiffskatastrophe.

Rotterdam, 15. März. (S. L.-B.) Der norwegische Dampfer Masco, der

Der Ausstand der französischen Postbeamten. Paris, 15. März. (S. L.-B.) Nachdem die Postbeamten gestern

Paris, 15. März. (S. L.-B.) Wie aus der Provinz gemeldet wird, dehnt sich dort die Bewegung der Postbeamten aus,

Strasbourg, 15. März. (S. L.-B.) Als am Sonnabend die 17 Jahre alte Arbeiterin Bernhardt von der Arbeit zurückkehrte,

Briefkasten.

Sprachstunden der Redaktion: Donnerstags 9. — 11 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Paris, 15. März. (S. L.-B.) Wie aus der Provinz gemeldet wird, dehnt sich dort die Bewegung der Postbeamten aus,

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus. Montag, den 15. März: Bibliothekabend des Sozialdemokratischen Vereins. Von 7—9 Uhr im Zimmer 7.

Freitag, den 17. März: Schmiede. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Billardzimmer.

Freitag, den 19. März: Gesellen-Ausschüsse. Vortrag des Genossen Neulirch über die Junungen und die Fortbildungsschulen in Breslau.

Sonntag, den 21. März: Bezirks-Versammlung der Gewerkschaften in Breslau. Abends 8 Uhr, bei Riedel Palastsaal. Vortrag des Genossen Schlegel.

Sonntag, den 21. März, Nachmittags 3 Uhr, gemeinschaftliche Zusammenkunft. 1. Vortrag des Genossen Schlegel. 2. Die Volksfrage in Neulirch.

Sonntag, den 21. März, Nachmittags 3 Uhr, gemeinschaftliche Zusammenkunft. 1. Vortrag des Genossen Schlegel. 2. Die Volksfrage in Neulirch.

Sonntag, den 21. März, Nachmittags 3 Uhr, gemeinschaftliche Zusammenkunft. 1. Vortrag des Genossen Schlegel. 2. Die Volksfrage in Neulirch.





Bei einem weiteren Artikel wird nach kurzer Debatte eine Resolution der Budgetkommission angenommen, wodurch die Abrechnung der Einnahmen in Zukunft zu verbessern, dass an der Begründung von Vorläufen über den Bau von Eisenbahnen der Umstand nicht kennzeichnend gemacht wird, dass unter den in Betracht kommenden Grund und Boden verpflichteten Interessenten der Staat selbst in Frage kommt. Der Rest des Staats wird bewilligt. Darauf verlas sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. (Cancal.)

### Sin Redakteur unter der Anklage des Aufruhrs.

Dresden, 13. März 1909.

Der 5. Strafkammer des Landgerichts Dresden begann heute der Aufruhrprozess gegen den Redakteur der sozialdemokratischen „Dresdener Volkszeitung“, Düwelle, und gegen den Instrumentenmacher Stenzel. Der Aufruhr soll von den beiden Angeklagten am 17. Januar d. J. begangen worden sein, als die Wahlrechtsdemonstranten nach den vier Volkshausparlamenten, die in der Dresdener Altstadt stattfanden, durch die Stadt nach dem Altmarkt zogen. Dabei stürzte sich die Menge an der Ecke der Schloßstraße, jedoch ein Teil der Demonstranten in die Schloßstraße ab. Die Schloßstraße selbst war durch eine Polizeileiste abgegrenzt. Dabei soll die Menge gegen die Polizeileiste angegriffen haben. Die Polizei zog daraufhin an und vertrieb eine ganze Anzahl Personen. Mehrere Personen wurden verletzt, aber später bis auf einige wieder freigelassen. Die Demonstranten erzielten teils Strafmahndeckelungen wurden sie vor Gericht gestellt und zu Haft — bezw. Gefängnisstrafe von 1 bis 6 Wochen verurteilt. Gegen zwei Verhaftete wurde die Anklage wegen Aufruhrs erhoben und einer davon, ein Metallarbeiter vor kurzem zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der andere, der heutige Angeklagte Instrumentenmacher Stenzel, hat sich nun heute zusammen mit Redakteur Düwelle wegen Aufruhrs zu verantworten. Gegen Düwelle wurde erst später auf Grund der Anzeige der Polizei die Anklage erhoben. Die Anklage behauptet, daß Düwelle ebenso wie Stenzel dadurch den Aufruhr begangen haben, daß sie in der ersten Reihe der Demonstration an der Schloßstraße gesehen worden sind in dem Augenblick als der Zusammenstoß erfolgte. Es sind 28 Zeugen geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Rodwig, als Verteidiger fungieren Rechtsanwalt Giese (Dresden) für den Angeklagten Düwelle und Rechtsanwalt Rudolf (Dresden) für den Angeklagten Stenzel.

Der Angeklagte Stenzel bestritt bei seiner Vernehmung, irgendwie eine führende Rolle bei dem Demonstrationen ausgeübt zu haben.

Der Angeklagte Redakteur Düwelle bestritt ebenfalls, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Er sei nur bemüht gewesen, auf der Schloßstraße wo der Zusammenstoß stattfand, die Leute zum Begehen zu bewegen. Der Angeklagte vertritt unter anderem die Ansicht, daß nirgends etwas Vorgekommen wäre, wenn die Polizei nicht derartige Absperren vorgenommen hätte. In seiner Rede im Volksbau im Morgen des Demonstrationstages habe er allerdings selbst gesprochen, habe aber betont, daß nur auf gesetzlichem Wege der Kampf gegen das Wahlrecht geführt werden könne.

Die Anklagen der Belastungszeugen sind außerordentlich widersprechend in Bezug auf den Angeklagten Düwelle. Die Verteidigung sieht sich daher veranlaßt, auf eine ganze Reihe Entlastungszeugen zu verzichten. Die Anklage ist so wenig substantiiert, daß eine Verurteilung unmöglich ist. Staatsanwalt Dr. Müller beantragt, beide Angeklagten des Aufruhrs schuldig zu erklären.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Stenzel wegen Aufruhrs zu acht Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die Untersuchungshaft für verbüßt gilt, der Angeklagte Redakteur Düwelle wurde freigesprochen. Die Aktion gegen Genossen Düwelle, die von der Staatsanwaltschaft offenbar eingestellt wurde, um ein abstraktes Beispiel zu liefern, ist also gänzlich ins Wasser gefallen. Dagegen ist das Urteil gegen Stenzel außerordentlich hart, wenn man bedenkt, daß kein Verurteilten nicht die geringste Auslieferung nachgewiesen wurde! Der Spruch des Landgerichts gegen Stenzel ist ein wahres Schreckensurteil. Der Betroffene wird dadurch schwer geschädigt. Nicht aber die Wahlrechtsbewegung des schächlichen Proletariats!

### Partei-Angelegenheiten.

Fabrikantenbeleidigung soll der verantwortliche Redakteur unseres Dänischer Parteiblattes, Genosse V. Perien, in einem Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilfabrik C. Varnitz in Norditz beanstanden haben. Obwohl die angeführte Beleidigung schon am 8. April 1904 beanstanden wurde, fand erst am 2. März 1909 die von 9 Uhr Vormittags bis 9 Uhr Abends

vordem zu sagen, entschieden zugunsten von Hrl. Maffomäa ansieht. Was der Leipziger Gast der früheren Vertreterin dieser Rolle voraus hat, ist vor allem die größere finanzielle Ausstattung, oder besser gesagt, die richtige Behandlung ihrer Einkünfte und das ist doch ein einmal bei Arbeiterpartei in der Partei in der Partei. Dagegen muß allerdings gesagt werden, daß Hrl. Tharan in der früheren Beziehung ein etwas besser war, hauptsächlich in den früheren Jahren. Doch auch Hrl. Maffomäa konnte darstellend durchaus beifügen, sie hat eine absolute individuelle Leistung, aber vornehmlich Schema und nicht konsequent bis zum Schluss. Die Kandidaten wurde durch warmen Beifall ausgezeichnet, ein Beweis, daß man mit der neuen „Führer-Christel“ tatsächlich zufrieden ist.

Umsonst nach diesem, neben der finanziell verbesserten Arbeiter-Christel der in großer Eigenschaft fast unvollständige „Führer“ (Güterverwalter) des Herrn Sachs ab. Der sonst tüchtige, sehr talentvolle Kandidat tritt durch sein Engen mit abstraktem Konstruktions einer Kandidatur an seinen Vater aus demselben Stamme, der aber lang oder lang zu einer Kandidatur führen mag. Die Verbindung der höheren Logen seiner Stimme ist nicht nur für ihn, sondern auch für den Kandidat eine Qual, man hat in diesen Angelegenheiten das unbehagliche Gefühl, als solle man beständig eingegriffen. Es liegt an im Interesse des sonst so verwendbaren Kandidaten, wenn er durch entsprechende Leistungen verhindern wollte, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen. Hrl. Wobolana mit ihrem zierlichen, echten Gegenüberstandes die Johanne Komtehe. Die Partei liegt ihr etwas zu tief, was namentlich in dem E. Br. Lied des 2. Abends bemerkbar wird, nicht nur in der aber befriedigt die Leistung, gemäß die Kandidatur liegt genug ist, nicht zu forcieren und erst in dem bequemen Logen bemüht ist, das kleine Maul durch um's schäbste That vorgehen zu machen. Kandidat Herr Sachs dürfte dirigieren.

Wie die Direktion mitteilt, wird in der heutigen Aufführung der „Führer-Christel“ an Stelle des Herrn Sachs der erste Tenor Herr Walter Grasse, den Hrl. Wobolana

### Aus aller Welt.

Die Feiern von Rabat. Die drei auf der Feiern Rabat vorgeworfen Feiern sind am Samstag Vormittag unter großer Beteiligung auf dem Friedhof zu Friede beerdigt worden. Ihre Namen lauteten auf Grund der Kontrollen nachstehend: Es sind Herr H. Fischer aus Paris, Frau Fischer und Ludwig Samard aus Rabat. Die Gräber auf dem Friedhof sind in besten Umständen unter schwarzem Beflagg. Unter den

von wenig verminderten Urteilen zu 20 Mark Strafe verurteilt. Die vorangeklagten Redakteure des „Textilarbeiter“, die Genossen Wagner und Krüger, wurden zu 20 bzw. 100 Mark Strafe verurteilt, während zwei früher in der Fabrik beschäftigte Weber freigesprochen wurden.

**Kauf des „Umfahrung des Christentums“ in Oesterreich**  
Kauf des „Umfahrung des Christentums“ in Oesterreich. In Prag gibt Genosse Dr. V. Sameral von der Redaktion des „Pravda“ eine tschechische Uebersetzung des neuesten tschechischen Werkes heraus. Am Freitag erschien das 1. Heft dieser Ausgabe. Und darin hat eine sorgfältige Uebersetzung nicht weniger als sechs Seiten tschechischer Quellen und „Die christlichen Quellen“ wurden konfiziert!

Wenn also nach der Prager Uebersetzung geht, so bekommen die tschechischen Genossen die tschechische Arbeit nur zerklegt zu Gesicht! Es handelt sich um ein wissenschaftliches Werk — aber nach Ansicht der Prager Uebersetzung hat die Wissenschaft Halt zu machen vor dem Dogma der Kirche!

### Arbeiterbewegung.

**Arbeitslosigkeit und Arbeiterorganisationen.** Dadurch, daß im Laufe der letzten Jahre zahlreiche Arbeiterorganisationen die Arbeitslosenunterstützung bei sich einsetzten haben, wird zahlreichen Arbeitern die Ueberwindung der arbeitslosen Wochen erleichtert. Sind auch die Unterstützungsummen, auf die ein organisierter Arbeiter Anspruch hat, nicht groß, so schützen sie ihn und seine Familie doch vor den schlimmsten Folgen der sozialen Not. Es ist nun von großem Interesse zu erfahren, in welchem Umfange diese Unterstützungsummen den Arbeitslosen zugute kommen. Das statistische Amt der Stadt Magdeburg hat bei seinen Erhebungen über Arbeitslosigkeit v. a. folgende Arbeitszeit im November 1908 auch dieser Frage seine Aufmerksamkeit geschenkt und festgestellt, daß von 1341 organisierten Arbeitslosen 372 Arbeitslosen-Unterstützung von ihrer Organisation erhalten haben. Und zwar gehörten von den 1341 organisierten Arbeitslosen 1249 den freien Gewerkschaften an, 92 waren in anderen Organisationen. Von den 1249 Arbeitslosen, die den freien Gewerkschaften angehören, erhielten 963 oder fast 80 Prozent Unterstützung. Von den 92 übrigen organisierten Arbeitslosen erhielten 9 Unterstützung. Insgesamt betrug die Unterstützung in der Woche vom 23.—28. November für sämtliche 372 Unterstützte 5 466,20 Mk. oder pro Kopf 14 69 Mk., d. h. täglich circa 2 Mk. Freilich schwankt die Höhe der Unterstützung bei den einzelnen Organisationen je nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit sehr stark. Die größte Zahl der Unterstützten hatte in Magdeburg der tschechische Metallarbeiterverband: von 31 Arbeitslosen wurden 29 mit 3 031,95 Mk. in der genannten Woche unterstützt. Die Holzarbeiterorganisation bewilligte 42 von 192 Arbeitslosen 47,15 Mk., der Transportarbeiterverband 39 von 175 Arbeitslosen 42,85 Mk., der Fabrikarbeiterverband 24 von 88 Arbeitslosen 98,25 Mk., die Buchbinder 6 von 14 Arbeitslosen 147,20 Mk. in der genannten Woche. Es ist kein Zweifel, daß diese Unterstützungsummen die Organisationen in ihrem Mitgliederstande ganz wesentlich stärken.

**Ausstand der Telegraphen-Beamten.** Am Sonnabend ist ein Ausstand der Pariser Telegraphenbeamten ausgebrochen. Er dauerte den ganzen Sonnabend Vormittag und während der Hofzeiten bis gegen 4 Uhr. Der Unterstaatssekretär Simon beorderte das Vergeben der Beamten als anaristisch, die Beamten seien durch revolutionäre Elemente aufgehetzt. Die Regierung scheint mit aller Strenge vorzugehen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Von den Verhafteten wurden 17 freigelassen, 8 bleiben in Haft und werden wegen Gewalttätigkeit und Bestörung von Staatsanwaltschaft vor das Untersuchungsgericht gestellt werden. Gestern Abend fand eine Versammlung von Postbeamten aller Gattungen statt, in der über das weitere Verhalten gegenüber den Behörden Beschluß gefaßt wurde.

Im Laufe des Sonnabends fand eine Versammlung der sogenannten „liegenden“ Postbeamten statt, der circa 1000 Personen beiwohnten. Der Vorsitzende der Versammlung ließ durchblicken, daß der Ausstand der liegenden Postbeamten am heutigen Sonntag verhandelt werden wird.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. März.

### Geschichtskalender.

- 1445 Der Kanzleireiter und Humanist Geiler von Kaysersberg in Schanbauern.
- 1875 Staatsanwalt Terenbors beantragt Schließung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins.

### Der Kampf der Armen um die Unfallrente.

Der Arbeiter Herrmann in Girschdorf erhielt von der Reichsanstalt für Unfallversicherung für einen schweren Betriebsunfall, bei dem der Beschäftigte sich eine Gehirnerschütterung und sonstige

Angehörigen hatten sich gegen 150 Personen auf dem Beinhof eingefunden. Die Zedernverwaltung hatte auf jeden der Erbe einen Kranz mit Palme und Schiefer niederlegen lassen.

**Bergarbeiterlohn.** Vorgestern Abend stürzte in der Grube Gies aus im Gemüth in Belgien ein Fabrikant aus bisher noch unbekanntem Grund in die Tiefe. Fünf Arbeiter wurden getötet und drei schwer verletzt.

**Mit achtzig Jahren Taucherin.** Eine seltene Frau ist Mrs. Ellen Moran aus Süd-Afrika gewesen, die schon im Alter von neunzig Jahren gestorben ist. Bis in ihr hohes Alter hat sie zusammen mit ihrem Mann das Gewerbe des Tauchers betrieben. Es war ihr nach jahrelanger Beschäftigung, einen Taucherhelm mit einem besonderen System von Luftzufuhrsröhren zu erfinden, der einen fast gefahrlosen, mehrwöchigen Aufenthalt unter Wasser erlaubt. Um die praktische Brauchbarkeit des Helms zu erproben, beteiligte sich die Achtzigjährige noch an der Geburt eines Bracks: hierbei aber blieb sie mit dem Helm im Tauchwasser hängen und starb bei dem Versuch, sich aus ihrer Lage zu befreien, ein Loch in den Helm. Die Frau, die sich rühmen konnte, über zweitausendmal in die Tiefe gefahren zu sein, mußte ihren letzten Versuch mit dem Leben bezahen.

**Vier Straftateneine sind vortergangene Nacht aus dem Strafbauhaus entflohen und entflohen.** Bis jetzt fehlt jede Spur von den Flüchtigen.

**Ein Pistolenschuß mit tödlichem Ausgang.** Wie ein Telegramm aus Triest meldet, in der Nähe von Triest zwischen dem Schiffskapitän Heinrich Krüger Bergler u. Bergler und dem Schiffseigenen Herr v. Rosen Bergler. Rosen wurde ins Herz getroffen und starb trotz einer Operation.

**Die Unfallrente auf der Zerpelowerwerft.** Ueber die Unfallrente auf der Zerpelowerwerft Friedrichsdorf wird noch aus Kiel gemeldet, daß die gestrichenen Lohnrenten, die ein Gewicht von 24 Zentnern haben, bei einem Althändler gelegentlich einer politischen Konferenz gefunden wurden. Der Althändler hatte sie von einem Mann, der mit Erzeugnissen auf dem Lande handelte, gekauft. Dieser Händler wurde sofort verhaftet. Er hat die gestrichenen Zerpelowerwerft offenbar von Friedrichsdorf nach Kiel gebracht.

**Lawinersturz im Ampezzotal.** Im Ampezzotal vernichtete nach einem Telegramm aus Innsbruck eine große Lawine eine Wähe und Stellungen, wobei viel Vieh umkam. Zwei verheiratete Personen konnten noch lebend gerettet werden. Die Straße nach Ampezzo ist durch die niedergegangenen Lawinerstürze völlig verstopft und unpassierbar.

Welt wurde die Rente, nachdem der begünstigende Arzt eine Besserung des Krankheitszustandes attestiert hatte, auf 20 Prozent herabgesetzt. Die Besserung war jedoch nur eine scheinbare, vorübergehende; es trat bei dem Mann ein schweres Lungenleiden ein, und die Ärzte konnten nicht umhin, dieses Leiden auf den Unfall zurückzuführen. Auf das Gutachten des Professors Alexander der hin, sprach ihm die Berufsgenossenschaft eine Rente von 75 Prozent zu. Damit war der Verunglückte nicht zufrieden, er beantragte die Vollrente mit der Begründung, daß er bettlägerig, also vollständig erwerbsunfähig sei. Das Breslauer Schiedsgericht hielt den kaiserlichen Anspruch für berechtigt und verurteilte die Berufsgenossenschaft, die Vollrente zu gewähren.

Der Maurer Meißner in Altwasser, der in einer borkhiner Fabrik beschäftigt war, war beauftragt worden, Morgens 6 1/2 Uhr die Schladen in einem Verrennen abzustimmen. Der Mann war sehr dienstfertig, er fand sich schon um 4 1/2 Uhr ein, fand aber das Fabriktor noch geschlossen. Er kletterte über die Mauer, um in das Innere der Fabrik zu gelangen, und dabei erlitt er einen schweren Unfall, für den er entschädigt sein will. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Antrag ab, weil der Unfall selbst verschuldet war, das Schiedsgericht schloß sich dieser Auffassung an und wies den Mann ab. Er hätte ruhig warten sollen, bis die Pforte geöffnet wurde.

Der Arbeiter Pfanz hat sich bei einem Unfall die Arme und das Knie ernst verstaucht. Die anfängliche Rente von 20 Prozent wurde auf 10 Prozent herabgesetzt. Der Vertrauensarzt Dr. Stempel hielt den Arbeiter immer noch für 20 Prozent arbeitsbeschränkt und deshalb wurde ihm die bisherige Rente zugesprochen. Der Bootsmann J. J. hat sich die Weichteile des Gesichts, die Kinade, erheblich verletzt. Die Binnenschiffahrts-Berufsgenossenschaft billigte ihm eine Unfallrente von 60 Prozent zu, ein Beweis, daß der Unfall ein schwerer war. Die Rente soll aber jetzt auf 40 Prozent herabgesetzt werden, womit der Verunglückte nicht einverstanden ist. Seinem Verufe ohne er nicht mehr nachgeben, denn mit so einem entstellten Gesicht nehme ich weder eine Wiedererlangung ein Schiffsarbeiter in Arbeit. Dr. Stempel hielt 40 Prozent für eine wohlwollende Rente, der Mann habe noch gute Zähne und das Hebel sei nicht gar so schlimm. J. J. wurde daraufhin abgewiesen.

Der Arbeiter Wiesner hat den erlittenen Unfall auf dem Bau drei Monate später gemeldet, und darum hält es schwer, den Tatbestand nachzuweisen. Am 6. Mai v. J. will er über ein Brett gestolpert und zu Falle gekommen sein, wobei er sich erhebliche Verletzungen zugezogen habe. Zeugen sind nicht vorhanden. Der Maurerpfleger sagte aus, er wisse nur, daß Wiesner beim Hebelchmaus durch eine Fälscheri mit seinen Kollegen über die Steintrufen gefallen und sich eine Quetschung des Oberarmes zugezogen habe. Jedenfalls sei er betrunken gewesen. Der Richter behauptete jedoch, daß der Unfall, für den er Entschädigung beantragt, ein oder zwei Tage später vorgefallen sei und mit dem Hebelchmaus nichts gemein habe. Wenn er den Vorfall nicht fogleich gemeldet, so sei es in dem Grunde geschehen, weil er dem Unfall nicht bald eine Bedeutung beigemessen habe. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft wie auch das Schiedsgericht hielten die Angaben für unglauwürdig und wiesen den Anspruch ab.

### \* 30.000 Mk. für ein Automobil verlangt der

Provinzialhauptmann vom Landtage Schlesiens. Man bekommt zwar schon für 10.000 Mk. ein leidlich annehmbares Auto, aber — im Zeitalter der „Sparfamkeit“ darf doch die Bequemlichkeit der höheren Beamten nicht leiden.

### \* Hochwasser in Sicht! Der Oberpräsident als

Chef der Oberstrombauverwaltung hat sich vor einigen Tagen veranlaßt gesehen, in einer Verfügung die Regierungspräsidenten der an der Ober liegenden Bezirke auf das bevorstehende Hochwasser warnend aufmerksam zu machen. Es heißt darin:

Infolge besonderer Witterungsverhältnisse haben sich auf der Oder nicht nur eine ungewöhnlich starke Eisdecke, sondern auch eine große Zahl zum Teil recht ausgedehnter Eisaufschüttungen gebildet und an einigen Stellen sogar kurze Eisoberflächen gebildet. Im Gebirge liegt eine sehr starke Schneedecke. Auch noch in der letzten Woche hat es in Schlesien wieder stark geschneit. Trotzdem ist bei leidlich günstigem Verlauf der Witterung durchaus nicht ausgeschlossen und steht zu hoffen, daß das Eis abgehen wird, ohne daß hoher Wasserstand eintritt, wie es z. B. im Frühjahr 1901 der Fall war, wo der sehr ausgedehnte Eisstand ebenfalls bis in den März hinein anhielt.

Sollte dagegen ungewöhnliches Wetter, insbesondere warmer Regen eintreten, so muß allerdings auf ein recht hohes Hochwasser und, wenn sich Eisverlegungen bilden sollten, stellenweise mit Wasserständen gerechnet werden, welche diejenigen von 1903 noch übersteigen. Meines Erachtens dürfte es sich daher empfehlen, unter Mitteilung des Vorstehenden sowie des Umfandes, daß das Wasser nach Entleerung von Eisoberflächen meist sehr schnell steigt, die Deichhauptleute sowohl, wie auch besonders die nicht-

In der Dirschauer Raubmordangelegenheit hat der wendische Mörder, der Wirtschaftslerning von den Welden ein offenes Geständnis abgelegt. Er habe sich in Selbstverleugung befunden, da habe er während der Fahrt gesehen, daß der alte Rentant sein Geld nachräufte und daß er einen höheren Betrag bei sich habe. In dem Augenblick, als der alte Herr sein Geld in die Tasche steckte, habe er seinen Revolver hervorgerufen und den alten Mann durch die Stirn geschossen. Dann habe er ihm das Geld aus der Tasche gezogen und sei auf der nächsten Station, Dirschau, sich U ausgeht, er, um nicht erkannt zu werden.

Das Urteil im Grünauer Frauenmordprozess. Das Urteil gegen den Arbeiter Georg Woldenberg, der beschuldigt war, die Frau Buchholz in Grünau bei Berlin ermordet zu haben, ist Freitag Abend um 7 Uhr gefällt worden. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auf schuldig des Totschlages und der Unterschlagung, und zwar in beiden Fällen unter Verlesung mildernder Umstände. Das Urteil des Gerichtshofes lautete dem Antrage der Staatsanwaltschaft gemäß wegen Totschlages und Unterschlagung auf fünfzehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust.

Von den Indianern Kanadas. Der Behauptung von dem fächeren Unterpage der Rothhäute in der neuen Welt trat in einem Vortrage der Dozent am Orientalischen Seminar Herr Hamilton entgegen mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß sich in Kanada die Zahl der Indianer in den letzten Jahrzehnten vermindert hat. 1895 zählte man 100.000 Köpfe, 1903 war ihre Zahl auf 107.000 gesunken! Dabei führten die Indianer recht wohl, beizogen fleißig die Schulen und betätigten sich namentlich als Fischer, Bootsmänner und Jäger. Recht viele Rothhäute sind auch in den Fischkonservenfabriken beschäftigt; gegen die landwirtschaftliche Tätigkeit haben sie allerdings eine große Abneigung. Tomatensamen und Stalpmesser sind zwar noch im Gebrauch, doch dienen sie heutzutage nur zum Hochladen und Kartoffelschälen. Verhältnismäßig häufig ist die Schwindmühle anzutreffen; übrigens eine bekannte Tatsache beim Ueberzuge eines Volkes vom Nomadenleben zur Kultur. Ostwärts ist die mangelnde Widerstandsfähigkeit des Indianers gegen den Alkohol. Man greift deshalb in Kanada zu strengen Maßregeln: wer einen Indianer Alkohol gibt, wird mit 300 Taler oder 6 Monaten Gefängnis bestraft. Wer einen betrunkenen Indianer der Polizei anzeigt, bekommt eine größere Geldsumme. Die Folgen dieser Bestimmungen sind deutlich zu spüren.

...wirden in einem ...

Polizeipräsident Dr. Wienko hat danach bereits eine Warnung erlassen, in welcher er noch hinzufügt, daß im äußersten Notfalle der Weigerung, die gefährdeten Grundstücke zu räumen, mit polizeilichen Zwangsmitteln begegnet werden müßte.

An die Inhaber von Protest-Büsten gegen die Tabaksteuer! Die Zentralkommission der Tabakarbeiter macht bekannt, daß nunmehr alle von den Protestlern unterzeichneten Büsten, ob voll oder auch nur zum Teil gefüllt, unverzüglich zur Einsammlung gelangen müssen.

Diese Protestbüsten sind schnellstens an die Adresse des Kartellvorstehenden des Reichstagswahlkreises zu senden, zu welchem der Ort gehört, wo die Unterzeichnung des Protestbogens stattgefunden hat.

Die ausgefüllten Protestbüsten sind sofort seitens der Kartelle an den Reichstag mittels folgenden Schreibens zu senden:

An das Bureau des Deutschen Reichstages  
Berlin.

Der Unterzeichnete überreicht anliegend eine Anzahl Protestbüsten mit ... Unterchriften zur Tabaksteuer und bittet, diese der Finanzkommission des Reichstages zur gefälligen Kenntnisnahme und Verurteilung zu übergeben zu wollen.

Ort und Datum: ...  
Unterschrift: ...

Steuerdrückberger. In einer Versammlung des Bezirksvereins der Nikolaivorstadt bemerkte in der Diskussion der Stadt. Prof. Dr. Wohlauer (Jugendmann) u. a., daß mir gar keine Steuererhöhung brauche, wenn sich alle auf ... der Miquel'schen Steuererhöhung richtig einließen.

Eine bedeutliche „Berichtsberichterstattung“ ist es im allgemeinen, die von den sogenannten „Berichtsberichtungen“ geleitet wird. Von der Wahrheit sind deren Berichte immer so weit wie möglich entfernt.

Am Sonnabend hatte sich nun der Herausgeber eines ähnlichen Blattes, des sogenannten „Lokalboten“, Buchdruckereibesitzer Hermann Zimmer aus der Gerbergasse, wegen Verleumdung vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten.

Solch pilante Dinge werden nun von Blättern der erwähnten Art mit besonderer Vorliebe behandelt. Trotzdem also die Deffentlichkeit aus geschlossen gewesen war, brachte das erwähnte Blatt über den Prozeß eine lange Geschichte, die sich natürlich mit der Wahrheit in keiner Weise deckte.

Man entschuldigen zwar, wie eingangs gesagt, solche „Berichte“ den allgemeinen Euphorien dieser Sorte von Blättern; im vorliegenden Falle erhielt die Sache aber ein besonders heikles Gesicht, als nicht wie sonst bei diesen Blättern ebenfalls üblich, mit fingierten Namen operiert worden war.

Stadtrat Haber bei den antisemitischen Handlungsgesellschaften. Es ist immerhin anerkennenswert, daß die Breslauer Magistratsbureaukratie trotz des sensiblen Gemüths ihres Oberhauptes manchmal beweisen will, daß ihr der Sinn für Humor noch nicht ganz verloren gegangen ist.

Der Prozeß gegen Zimmer endete mit einem Vergleich. Zimmer sah sich zu der Erklärung genöthigt, daß er die angegebenen Tatsachen in ihren Einzelheiten nicht verantworten könne.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Zimmer wieder: Vinus Hüner. In der Streitsache Sache vor dem Oberverwaltungsgericht Vinus Hüner ist abermalige Verhandlung eingetretten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Bestern fand die Verhandlung unter dem Vorsitz des ...  
Genossen Wilhelm K. a. v. aus der Messingstraße hat. Das traurige Schicksal des Verstorbenen, der infolge mangelhaften Verfalls in der Friedrich-Karlstraße abgestürzt war und die allgemeine Achtung, die er als fleißiger Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins genoss, hatten eine äußerst zahlreiche Beteiligung an seiner Beerdigung zur Folge; auch waren dem Verstorbenen mehrere große Kränze mit roten Schleifen gewidmet worden.

Bei dieser Beerdigung ist zum ersten Male von einer Einrichtung Gebrauch gemacht worden, die nach langem Drängen der sozialdemokratischen Stadtverordneten endlich in Breslau geschaffen worden ist. Diese Einrichtung besteht darin, daß ein Friedhofsteil für diejenigen reserviert worden ist, die ohne kirchliche Mitwirkung beerdigt werden wollen.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Das Breslauer Schöffengericht verhandelte in den letzten Tagen gegen die Witwe ...  
Die Verhandlung fand unter Vorsitz des ...  
Die Verhandlung fand unter Vorsitz des ...

Ausstellung von Schülerzeichnungen in Breslau. Am 4., 5. und 6. April wird eine Ausstellung von Zeichnungen der Volksschüler und Volksschülerinnen in den Räumen der Oberrealschule stattfinden.

Ueber den Diebstahlsrichter von Breslau berichtet ein Leser dem „Berliner Tageblatt“: In der unter dem Titel „Geruch der Verliche“ zum Abdruck gelangten ...

Sich selbst gestellt hat sich in Gleiwitz der dortigen Polizei ein Mann aus Breslau, der nach seiner Angabe seinen hiesigen Schwiegervater erheblich bescholten hat.

Geunden wurden eine schwarze Pelzboa, vier Schlüsselbünde, eine goldene Brosche, Papiere unter dem Namen Vater, zur Saal Silberbohle und ein goldener Teuring.

Zugekauft ist dem Hausmeister ...  
Bermittelt wird seit dem 6. d. Mts. das 16 Jahre alte Dienstmädchen Anna ...

Aus Schlesien und Posen.  
Reichsvereinsgesetz und Polizei in Oberschlesien.

Wiederholt haben wir darauf hingewiesen, daß die meisten Polizeiverwaltungen in Oberschlesien nicht nur das neue Vereinsgesetz nicht beachten, sondern auch fortgesetzt gegen die Erklärung des Staatssekretärs verstoßen, indem sie die Gastwirte und Saalbesitzer, wenn diese Versammlungen der Gewerkschaften und der Partei aufnehmen, bedrohen.

Man hat der Staatssekretär gesagt, daß auch die Polizei sich hineinziehen wird und daß dann Dinge, wie die bei der letzten Interpellation zur Sprache gekommenen sich nicht mehr wiederholen werden.

Zeit einiger Zeit hatte der Gastwirt Mandowski in Schötenkołowitz sein Lokal den Gewerkschaften und auch der Partei zur Verfügung gestellt.

Herrn D. G. örsing, Deuthen OS.  
Leite Zimmer: ergebenst mit, daß ich den Saal nicht mehr zu Versammlungen hergebe.

Wichtiges  
ges. Kurt Mandowski, Langestraße Nr. 37.

In einer zwischen Herrn Mandowski und dem Genossen Goring stattgefundenen Rücksprache gab Mandowski ohne weiteres zu, daß die Polizei ihn beauftragt hat.

Ein noch krasserer Fall hat sich in Rybnik abgespielt. Dort fand vor etwa zwei Wochen eine Zusammenkunft der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter statt, wozu die Einladung der „Volkswacht“ erfolgte.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

Der Herrden-Müller hatte am Sonnabend versucht, dem Eindringen der Demokraten in Oberschlesien vorzubeugen. Er war in höchstgelegener Person nach Kattowitz geeilt, um dort den Blodfreisinn zu retten.

